

Vom Honoratiorenkreis zum Europanetzwerk

Sechs Jahrzehnte Europäische Bewegung in Deutschland

von Jürgen Mittag

Obwohl die weltpolitische Lage nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst kaum Aussichten auf einen europäischen **Zusammenschluss** bot, war die zweite Hälfte der 1940er Jahre durch ein umfangreiches Engagement für die europäische Einigung gekennzeichnet. Zahlreiche Menschen in Europa waren zutiefst von dem Gedanken überzeugt, dass die Überwindung von Krieg und Not nur durch entschlossene Schritte zur europäischen **Integration** zu erreichen sei. Darüber hinaus betrachtete man die Integration Europas als **Friedensprojekt**, mit dem die Gegensätze der einstigen Kriegsgegner und die innere Zerrissenheit des Kontinents dauerhaft überwunden werden könnten. Infolgedessen verschrieben sich in zahlreichen europäischen Staaten engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch Teile der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite dem Ziel der **europäischen Einheit**.

Die Kooperation der Europaverbände als Initialzündung

Einen zentralen Impuls für europapolitische Aktivitäten nach dem Zweiten Weltkrieg lieferte Winston Churchill, der seit seiner viel beachteten **Züricher Rede** vom September 1946 als Galionsfigur des europäischen Integrationsgedankens galt. Ohne sich vereinnahmen zu lassen, unterstützte Churchill in der Folge die Europa-pläne der britischen Europabefürworter. In enger Absprache mit seinem Schwiegersohn, dem konservativen britischen Abgeordneten Duncan Sandys, wurde im Januar 1947 – ein halbes Jahr nach der Züricher Rede – ein „United Europe Movement“ (UEM) gegründet, das darauf zielte, vor allem die britischen Integrationsbefürworter näher zusammen zu bringen. Hier orientierte man sich vor allem an der Zielsetzung eines europäischen Staatenbundes und konzentrierte sich zunächst auf eine funktionale Zusammenarbeit der Regierungen. Einige Monate später bildete sich in Anlehnung an diese Entwicklung mit dem „Conseil Français pour l'Europe unie“ eine vergleichbare Organisation in Frankreich. In beiden Organisationen wurde ebenso wie andernorts in Europa über eine westeuropäische Einigung nicht nur diskutiert, sondern es wurden auch ernsthafte Versuche unternommen, diese in der Praxis umzusetzen. Dazu erschien eine grenzüberschreitende Kooperation unerlässlich.

Vor allem die Union der Europäischen Föderalisten (UEF) stand Pate für eine umfangreiche transnationale Kooperation. Bereits im September 1946 hatten im Rahmen der UEF 31 föderalistische Bewegungen aus zwölf Ländern ein gemeinsames programmatisches Manifest im **schweizerischen Hertenstein** verabschiedet und sich am 17. Dezember 1946 in Paris als Dachverband der einzelnen föderalistischen Gruppierungen konstituiert. Mit – nach eigenen Angaben – zeitweise mehr als 100.000 Anhängern bildete die UEF die mitgliederstärkste Europabewegung. Dennoch gelang es ihr nicht, eine Massenbewegung zu etablieren. Dies war

nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Vorstellungen über die Ausgestaltung des künftigen Europas zurückzuführen.

Obwohl den Föderalisten bewusst war, dass die Haltung des UEM in Schlüsselpunkten von der eigenen Position beträchtlich abwich, wollte man die von Sandys lancierten Kooperationsangebote nicht zurückweisen. Insofern beteiligte man sich widerstrebend an der Einrichtung eines „Liaison Committee“, in das die größten pro-europäischen Verbände und Organisationen der Nachkriegszeit einbezogen wurden. Während die von Richard Graf von Coudenhove-Kalergi geführte Europäische Parlamentarier Union sich zunächst distanziert verhielt, vereinbarten die anderen fünf Organisationen eine engere Kooperation. Noch im Dezember 1947 wurde beschlossen, die anfänglich lockere und unverbindliche Zusammenarbeit im Liaison-Komitee durch eine stärker verbindliche Kooperation zu ersetzen. Im Zuge dieser Vereinbarung wurde ein „Joint International Committee of Movements for European Unity“ gegründet, ein Koordinierungsausschuss für die Europäische Einheit, der künftige Aktivitäten vorbereiten sollte.

Vom Haager Kongress zur Europäischen Bewegung

In den folgenden Monaten bereitete der Koordinierungsausschuss unter der Federführung von Duncan Sandys den Haager Kongress vor, der als breite Manifestation der europäischen Einigungsidee konzipiert war, und in dessen Umfeld wichtige Kontakt- und Kooperationsstrukturen zwischen den Europabefürwortern und den Vertretern der Regierungen, Parlamente und Parteien geknüpft wurden. Der Haager Europakongress vereinte vom 7. bis zum 10. Mai 1948 – unter dem Banner der neuen Europa-Fahne mit dem „grünen E“ im historischen Rittersaal des Haager Parlamentsgebäudes – rund 720 Delegierte aus 17 „Staaten“. Darunter befanden sich zahlreiche namhafte Politiker, aber auch

Züricher Rede

Am 19. September 1946 hält der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill an der Universität Zürich eine Rede, in der er die europäischen Staaten zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa aufruft. Seine Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ sollte ein erster Schritt zur Gründung der Europäischen Bewegung und des Europarates sein.

Hertensteiner Programm

Vom 15. bis 22. September 1946 versammelten sich die Anhänger des Föderalismus der 14 europäischen Länder in Hertenstein (Schweiz) zur Annahme einer gemeinsamen Erklärung, die den Weg für eine europäische föderalistische Organisation ebnete, aus der schließlich am 15. und 16. Dezember die Union Europäischer Föderalisten (UEF) hervorgegangen ist.



**Haager Kongress vom 7. bis 10. Mai 1948 im Rittersaal des Haager Parlamentsgebäudes.
An der Wand die Flagge mit dem „E“ als Symbol für die Europäische Einigung.**

prominente Schriftsteller und Wissenschaftler sowie Repräsentanten einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Der Umstand, dass sich zahlreiche prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens symbolträchtig für Europa einsetzten, konnte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass – jenseits der Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Institution – eine Festlegung auf konkrete europapolitische Ziele nicht erfolgte. Dennoch hatte die wirkungsmächtige Präsentation des Europagedankens in Den Haag die Bereitschaft forciert, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und sie sogar institutionell zu verankern. Am 25. Oktober 1948 wurde das Haager Vorbereitungs Komitee, das „Joint International Committee of Movements for European Unity“, auf einem Treffen in Brüssel in eine dauerhafte Einrichtung überführt, die ab diesem Zeitpunkt den Namen „Europäische Bewegung“ trug.

Die neue Organisation erhielt eine feste, wenngleich auch etwas unübersichtliche Leitungsstruktur. Ihren „Unterbau“ bildeten auf der einen Seite die fünf Verbände, die bereits im Vorfeld des Haager Kongresses federführend aktiv waren, und von denen die UEF mit Abstand den mitgliederstärksten (Dach-)Verband bildete. Hinzu waren noch das „Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe“ (MSEUE) und eine Internationale Parlamentarische Sektion gekommen. Auf der anderen Seite fußte die internationale Europäische Bewegung auf den in den einzelnen europäischen Staaten etablierten „nationalen Räten“, die gewissermaßen das zweite Standbein der Europäischen

Bewegung darstellten und auch Personen beziehungsweise Gruppierungen integrieren sollten, die sich nicht vollständig mit den Zielen der pro-europäischen Verbände identifizierten. Für nichtdemokratische Staaten – so etwa zahlreiche osteuropäische Länder, aber auch für Spanien – wurden „Exilräte“ gebildet. Aufgabe der nationalen Räte sollte es sein, die Tätigkeit der einzelnen (nationalen) Verbände zu koordinieren und zudem als Bindeglied zwischen den nationalstaatlichen und den europäischen Aktivitäten zu fungieren.

Die Europäische Bewegung entwickelte rasch ein eigenes Profil: Sie organisierte zahlreiche Kongresse und lancierte Kampagnen, um Einfluss auf die offizielle Politik der Regierungen zu nehmen. Im Mittelpunkt stand dabei die Umsetzung des Haager Programms und damit insbesondere das Ziel, den Europarat zu etablieren und zu einer wirkungsmächtigen Organisation der europäischen Einigung auszubauen. Diese Zielsetzung konnte jedoch nur zu Teilen realisiert werden: Als am 5. Mai 1949 zehn Staaten Europas das Londoner Zehnmächte-Abkommen über die Gründung des Europarats unterzeichneten, wurde der Europarat zwar zur ersten originär auf Europa bezogenen politischen Organisation. In seinen Strukturen und Entscheidungskompetenzen entsprach er jedoch weitgehend den unionistischen Forderungen der britischen Regierung. Deshalb verfügt der Europarat bis heute nur über begrenzte Kompetenzen – vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Bildung und Kultur – nationale Souveränität beeinträchtigt er jedoch kaum.

Die Gründung des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung

Eugen Kogon, Autor des stark rezipierten Buches „Der SS-Staat“, Herausgeber der ebenso einflussreichen wie auflagenstarken „Frankfurter Hefte“ und einer der führenden Vertreter des europäischen Gedankens in Deutschland, war der Motor beim Aufbau des deutschen Zweigs der internationalen Europäischen Bewegung. Als führendes deutsches Mitglied in den Gremien der UEF war er im Herbst 1948 von Duncan Sandys aufgefordert worden, die Konstituierung eines nationalen Rats für Deutschland in die Wege zu leiten. Kogon berief zu diesem Zweck am 21. Januar 1949 einen „vorläufigen Ausschuss“ nach Schönberg im Taunus ein. Dieser hatte die Aufgabe, eine Liste mit rund 200 Personen zu erstellen, die den künftigen Deutschen Rat der Europäischen Bewegung bilden sollten. Als Losung wurde dabei ausgegeben, unter Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien sowie der Gewerkschaften, Universitäten, Kirchen, der großen Verbände und freien Kreise eine Auswahl zu treffen, die ein möglichst repräsentatives Bild der Gesellschaft widerspiegelte und zugleich möglichst prominente beziehungsweise charismatische Personen vereinte.

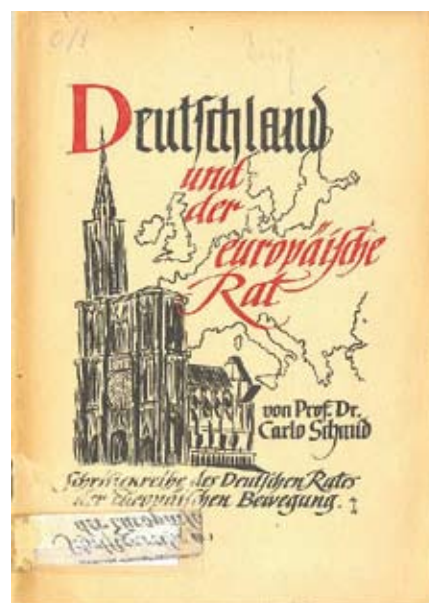


Eugen Kogon bei der Eröffnungssitzung des Europarates in Straßburg 1950

Offiziell gegründet wurde der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung am 13. Juni 1949 im Wiesbadener Staatstheater. Auf der konstituierenden Sitzung wurde – ohne formalen Wahlakt – eine Liste von insgesamt 252 Mitgliedern bestätigt, die sich in der Zusammenschau wie ein Auszug aus dem deutschen „Who’s who“ las. Obgleich die institutionelle Zuordnung bei der Zusammenstellung eine wichtige Rolle gespielt hatte, bestand neben der grundsätzlichen Befürwortung der europäischen Einigung das entscheidende Rekrutierungskriterium in der Bedeutung der Persönlichkeit für die gerade erst gegründete Bundesrepublik.

Zu den Aufgaben des Gründungskongresses zählte die Besetzung der Gremien, deren Struktur sich an der internationalen Europäischen Bewegung orientierte. Das Amt des Gründungspräsidenten wurde dem Sozialdemokraten Paul Löbe angetragen, der als ehemaliger Reichstagspräsident und Vorsitzender der deutschen Sektion

der Paneuropa-Union in den 1920er Jahren sowie als Vorsitzender der Deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union für diese Aufgabe prädestiniert erschien. Gewählt wurde ein siebenköpfiges Präsidium, dem eine eher repräsentative Funktion zukam, und ein Exekutiv-Ausschuss. Zum Vorsitzenden des Exekutiv-Ausschusses wurde Kogon bestellt, stellvertretender Vorsitzender wurde Hermann Brill, Chef der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. Generalsekretär blieb der Landrat von Bernkastel, Walter Hummelsheim, der im Widerstand beziehungsweise bei der Internierung im Konzentrationslager in engem Kontakt mit Kogon gestanden hatte. Mit diesem Führungspersonal setzte der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung vor allem auf diejenigen Europaaktivisten, die auf der einen Seite Sympathie für die „traditionelle“ Position der Europabewegung eines Europas als „Dritte Kraft“ zwischen West und Ost hegten, andererseits aber auch aus realpolitischen Gründen die Idee der Westintegration unterstützten.



Sonderdruck der Rede Carlo Schmid auf der Gründungsversammlung 1949

Das politische Leitreferat von Carlo Schmid, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender der SPD, fand in Wiesbaden besondere Aufmerksamkeit. Schmid zeigte in einer „tour d’horizon“ nicht nur die bisherigen Wege (und Grenzen) europäischer Einigungsbemühungen auf, sondern betonte in programmatischer föderalistischer Diktion, dass „dieses Europa nur dann wird geschaffen werden, wenn die Staaten bereit sind, erhebliche Schichten ihrer Souveränität auf ein überstaatliches europäisches Gebilde

zu übertragen.“ Den Europarat begrüßte Schmid als einen „Fortschritt auf dem Gebiet der Neuordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen“, räumte zugleich aber auch nüchtern ein, dass dieses Abkommen noch nicht die „Charta der Vereinigten Staaten von Europa“ sei, zu der noch ein weiter Weg zurückzulegen sei.

Die mit großer Hoffnung auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu Ende gegangene Gründungsveranstaltung des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung erzielte angesichts zahlreicher prominenter Namen beträchtliche Resonanz und weckte zugleich zahlreiche Hoffnungen. Es sollte sich in der Folge aber zeigen, dass die weiteren Aktivitäten nur mit Mühe zu realisieren waren und die Alltagsarbeit zahlreiche Probleme aufwarf. Zu den ersten Schwierigkeiten zählte dabei die Regelung der künftigen Finanzierung, forderte doch die internationale Europäische Bewegung, sich an den Kosten für die beiden Büros in Paris und London sowie an den Ausgaben für Kampagnen und Aktivitäten zu beteiligen. Erst nachdem man die vorläufige Vereinbarung getroffen hatte, den Deutschen Rat zunächst aus Mitteln des Kanzleramts zu finanzieren, entspannte sich die Situation. Die Finanzierungsfrage sollte in den kommenden Jahren jedoch immer wieder auf die Tagesordnung kommen, da man sich von vornherein entschieden hatte, Privatspenden zurückzuweisen, um sich nicht der Gefahr einer Einflussnahme auszusetzen.

Die inhaltliche Arbeit des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung basierte im Kern auf zwei Strategien: Zum einen ging es um die Mitwirkung in der internationalen Europäischen Bewegung, zum anderen setzte man auf eine Koordinierung der deutschen Europaaktivitäten, verstand

man sich doch als Dachverband (fast) aller in der Bundesrepublik wirkenden Europaverbände und privater europäischer Einrichtungen. Zu Beginn des Jahres 1950 zeichneten sich erste Konturen der Arbeit des Deutschen Rats ab. So begann das Exekutiv-Komitee, mit Kogon an der Spitze, als eigentliches Leitungs- und Lenkungs-gremium in regelmäßigen Intervallen zu tagen und in diesem Rahmen mit grundsätzlichen europapolitischen Stellungnahmen Position zu beziehen. Als eine der ersten Forderungen wurde die Einrichtung eines Europa-Ministeriums erhoben.

Dass um Eugen Kogon das eigentliche Gravitationszentrum des Deutschen Rats angesiedelt war, zeigte sich, als Paul Löbe (1949–1951), der bis dahin nur eine begrenzte Anzahl von repräsentativen Terminen für den Deutschen Rat wahrgenommen hatte, erklärte, nicht mehr als Präsident zur Verfügung zu stehen. Ohne größeren Widerspruch wurde das Präsidentenamt Kogon angetragen, der zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Die inhaltliche Arbeit spiegelte sich aber auch in vier Kommissionen wider, die für die Bereiche Wirtschaft, Sozialpolitik, Recht und Kultur gebildet wurden und fortan das Grundgerüst der fachlichen Arbeit des Deutschen Rats bildeten. Während sich die juristische Kommission vor allem mit Fragen der Menschenrechte und der Verfassung eines künftigen europäischen Bundesstaates beschäftigte, griff die sozialpolitische Kommission zunächst das Problem der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge auf, das von deutscher Seite auch auf die Agenda der Europäischen Sozialkonferenz 1950 in Rom gebracht wurde.

Zwei Einrichtungen der Europäischen Bewegung, die auf den Haager Kongress 1948 zurückgehen, erzielten in der Öffent-

Die Gründungszusammensetzung des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung

Von den 252 Mitgliedern waren
 93: Repräsentanten der politischen Parteien
 39 SPD
 39 CDU/CSU
 10 FDP/LDP
 3 Deutsche Partei
 1 Zentrum
 1 Bayernpartei
 18 Repräsentanten der Gewerkschaften
 18 Repräsentanten der Unternehmer

14 Vertreter der öffentlichen Verwaltung
 17 Vertreter der Wissenschaft
 20 Vertreter der freien Berufe
 16 Vertreterinnen der Frauenorganisationen
 7 Vertreter der Kirchen
 3 Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft.
 46 Repräsentanten der (zu diesem Zeitpunkt) vier deutschen Europa-Organisationen

lichkeit besondere Aufmerksamkeit: das vom Literaten und Philosophen Denis de Rougemont im Oktober 1950 initiierte Europäische Kulturzentrum in Genf und das kurz zuvor unter Leitung des Historikers Hendrik Brugmans gegründete **Collège d'Europe** in Brügge. Das Kulturzentrum arbeitete darauf hin, Künstler, Intellektuelle und Wissenschaftler für ein verstärktes europäisches Engagement zu gewinnen, das Collège d'Europe bereitete hingegen auf eine administrative Karriere auf europäischer Ebene vor. Während die Arbeiten des Kulturzentrums in der Folge eher distanziert betrachtet wurden, hatte das Collège d'Europe für den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung erhebliche Bedeutung, fiel doch die Auswahl der deutschen Stipendiaten in seinen Aufgabenbereich.

Der Deutsche Rat engagierte sich in ähnlicher Form auch für den „Europäischen Schultag“, der 1953 auf Grundlage einer privaten Initiative erstmals durchgeführt wurde. Mit den in diesem Rahmen durchgeführten Aufsatz- und Zeichenwettbewerben wurde – und wird seit 1978 unter der Bezeichnung „**Europäischer Wettbewerb**“ – das Kernziel verfolgt, in den Schulen für den Gedanken der europäischen Einigung zu werben und Schüler mit dem Integrationsgedanken vertraut zu machen. Die Aktivitäten im Bildungsbereich – Europakolleg und Europäischer Schultag – beanspruchten mehrere Jahrzehnte lang einen Großteil der Ressourcen des Deutschen Rats, insbesondere seines Generalsekretariats. Mit der Gründung des Zentrums für Europäische Bildung (ZEB) wurde im Jahr 1978 eine eigene Arbeitseinheit geschaffen, die seither in besonderem Maße mit Bildungsaktivitäten befasst ist.

Zu den weiteren Hauptaktivitäten der Europäischen Bewegung in den Anfangsjahren gehörte die Mitwirkung an internationalen Tagungen, so etwa an einer ganzen Serie von großen Kongressen, zu der ein Wirtschaftskongress in Westminster im April 1949 oder ein Sozialkongress in Rom im Juli 1950 zählten, an dem der Deutsche Rat mit 15 Delegierten und fünf Sachverständigen teilnahm. Jenseits dieser Aktivitäten stellte die Mobilisierung der Bevölkerung für Europa eine weitere Aufgabe dar oder wie es Eugen Kogon formulierte: die Zielsetzung, „den europäischen Einigungswillen des Volkes zu wecken, zu entwickeln, zu repräsentieren und ihn konkret auf der nationalen Ebene über alle zur Verfügung stehenden Wege

zur Geltung zu bringen“. Frühzeitig begann man sich infolgedessen in der Europäischen Bewegung für Meinungsumfragen zu interessieren und nahm im Dezember 1949 Kontakt mit Meinungsforschungsinstituten auf. Besondere Bedeutung kam in Verbindung mit den Mobilisierungsaktivitäten den Kundgebungen des Deutschen Rats zu, von denen in den ersten Jahren vor allem diejenige in der Frankfurter Paulskirche am 17. Juli 1950 auf breites Interesse stieß. Unverändert setzte man hier große Hoffnung auf einen parlamentarischen Weg zur europäischen Einheit und forderte, dass aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ein Europäisches Parlament hervorgehen solle. Die Versammlung in der Paulskirche stieß auf große mediale Resonanz – wie überhaupt der Europagedanke in dieser Zeitphase wohl im Zenit des öffentlichen Bewusstseins in Deutschland stand.



Öffentliche Kundgebung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung in der Frankfurter Paulskirche, 17. Juli 1950

Zur Mobilisierungsstrategie des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung gehörte auch eine engagierte Pressearbeit. Im Jahr 1950 hatte man eine eigene Pressestelle eingerichtet, die zunächst einen wöchentlich erscheinenden „Informationsdienst“ erstellte, der sowohl die deutsche Presse als auch wissenschaftliche Zeitschriften belieferte.

College of Europe

Das College of Europe ist das älteste und renommierteste Institut für postgraduierte „European Studies“ in Europa. Seit Gründung des College of Europe im Jahr 1949 haben viele Tausend Absolventen erfolgreiche Karrieren in europäischen und internationalen Institutionen, Parlamenten, Unternehmen und Verbänden gestartet und auf diese Weise ein weltweites Netzwerk aus hochqualifizierten Alumni aufgebaut. Seit 1949 führt die Europäische Bewegung Deutschland die Auswahl und Betreuung der deutschen Studierenden am College of Europe durch.
www.coleurop.be

Europäischer Wettbewerb

Jährlich nehmen bundesweit rund 180.000 Schülerinnen und Schüler am Europäischen Wettbewerb teil. Neben der aktiven Teilnahme und Begeisterung durch die Schüler, lebt der Europäische Wettbewerb durch das ehrenamtliche Engagement der Lehrerinnen und Lehrer an rund 1.700 deutschen Schulen sowie dank der ehrenamtlichen Unterstützung der Europa-Union Deutschland.
www.europaeischer-wettbewerb.de

Die Reform des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung in den 1950er Jahren

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nahmen die Aktivitäten des Deutschen Rats merklich ab, was sich im Wesentlichen auf drei Begründungszusammenhänge zurückführen lässt: Erstens war die konstitutionelle Weiterentwicklung der europäischen Integration in den 1950er Jahren nicht mehr in erster Linie eine Angelegenheit der Europa-Verbände – und damit auch nicht mehr nur der Europäischen Bewegung. Statt öffentlicher Debatten und Kongresse hatten intergouvernementale Verhandlungen und Regierungskonferenzen Einzug gehalten. Entsprechende Verhandlungen wurden aber nicht auf öffentlichen Kongressen und in den Medien geführt, sondern von einem begrenzten Kreis von Politikern, Diplomaten und Beamten hinter verschlossenen Türen. Nachdem die ursprüngliche Integrationseuphorie der Ernüchterung gewichen war, hatte dies zur Konsequenz, dass auch das Engagement der Europaaktivisten deutlich nachließ. Erklären lässt sich diese Haltung darüber hinaus mit den fehlenden Weiterentwicklungsperspektiven des Europarats, der von der Europäischen Bewegung nach wie vor als das zentrale Instrument der künftigen politischen Einigung des Kontinents betrachtet wurde. Überwunden wurde diese erste große Krise des europäischen Einigungsprojekts durch die Bereitschaft der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die sektorale und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Die Römischen Verträge setzten 1958 sowohl die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als auch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) in Kraft. Die beiden neuen Vertragswerke verliehen dem Integrationsprozess zwar neue Dynamik, trugen aber kaum dazu bei, dessen Attraktivität zu verstärken.



Unterzeichnung der Römischen Verträge, 25. März 1957

Einen zweiten Erklärungsansatz für die nachlassende Aktivität des Deutschen Rats liefern die Gegensätze innerhalb der europäischen Verbände. Mit Blick auf die internationale Europäische Bewegung betraf dies vor allem die Auseinandersetzung zwischen Föderalisten und Unionisten. So waren lediglich sechs nationale Räte der

Europäischen Bewegung – darunter der deutsche – im Frühjahr 1952 bereit, die Kampagne zur Einberufung einer Verfassung gebenden Europäischen Versammlung zu unterstützen. Auch der mit großen Erwartungen verbundene zweite Haager Kongress der Europäischen Bewegung, der vom 8. bis 10. Oktober 1953 rund 350 Delegierte der Nationalen Räte aus den sechs Staaten der Montanunion und eine Anzahl von Beobachtern aus den übrigen Staaten vereinte, lieferte nicht die erhofften neuen Impulse. Mitte der 1950er Jahre präsentierten sich die pro-europäischen Verbände vielstimmiger und disharmonischer denn je. In dieser Situation gelang es kaum, kohärente Stellungnahmen abzugeben, die zugleich auch ein gewisses Profil aufwiesen. Selbst unter den Föderalisten bestanden erhebliche Gegensätze, die dazu führten, dass sich die „Union Européenne des Fédéralists“ zwischen 1956 und 1973 in zwei Teilorganisationen spaltete. Dieses Schisma hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Europäische Bewegung, die zahlreiche Aktivisten und einige Mitgliedsverbände verlor.

In der Bundesrepublik wurden die Debatten unter den Europabefürwortern nicht mit der gleichen Schärfe wie in anderen europäischen Staaten ausgetragen. Hier überwogen die organisatorischen gegenüber den inhaltlichen Problemen, womit ein dritter Begründungszusammenhang für die nachlassenden Aktivitäten des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung angesprochen ist: In den 1950er Jahren zeigte sich in zunehmendem Maße, dass die Strukturen der Bewegung nicht ausreichend gefestigt waren. Eugen Kogon, der als Präsident und Vorsitzender des Exekutiv-Komitees bis dahin fast alle Aktivitäten federführend geleitet hatte, sah sich angesichts seiner zahlreichen Funktionen und finanzieller Schwierigkeiten, die sich vor allem in der Europa-Union, aber auch im Deutschen Rat abzeichneten, mit einer Fülle von Problemen konfrontiert. Kogon hatte zur Verschärfung der Problemlage ein Stück weit selbst beigetragen, da die Organisation und Finanzstruktur von zahlreichen europäischen Projekten unter seiner Führung wenig planvoll und undurchsichtig war. Diese Entwicklung führte zu einem kaum noch zu überschauenden Chaos mit der Konsequenz, dass sich Kogon schließlich von den Verbandsaktivitäten zunehmend zurückzog und angesichts einer wahren „Anti-Kogon-Kampagne“ am 7. Dezember 1953 seinen Rücktritt erklärte.

Im Zuge dessen wurde immer deutlicher, dass sich die Organisationsstrukturen des Deutschen Rats nur als bedingt tragfähig erwiesen hatten. So war auf der Jahresversammlung 1954 in Düsseldorf nur ein Bruchteil der offiziell 279 Mitglieder anwesend. Vor diesem Hintergrund wurde von Ernst Friedlaender der Vorschlag eingebracht, einen „kleineren Kreis“ beziehungsweise ein „engeres Gremium“ durch demokratische Wahlen zu legitimieren, das die eigentliche Arbeit leisten und auch den Vorstand und den Präsidenten wählen sollte. Die weiteren Mitglieder sollten hingegen als „korrespondierende Mitglieder“ künftig lediglich repräsentative Funktion haben. Hatte man bis dahin den Bekanntheitsgrad der Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt und die institutionelle Zuordnung erst an zweiter Stelle bedacht, so ging es nunmehr um eine stärker „verbandliche Durchdringung“. Die neue Organisationsstruktur sollte sich demzufolge aus drei „Personenkreisen“ rekrutieren: a) aus Vertretern der europäischen Verbände, Gruppen und Institute, die von ihren Organisationen selbst zu benennen waren, b) aus Vertretern der im

Bundestag vertretenen politischen Parteien, die ebenfalls nicht mehr von der Versammlung bestimmt werden sollten, sondern – im Einvernehmen mit dem Vorstand – von der Partei selbst nominiert wurden, und c) aus Personen des „freien Raumes“, die nur dann wählbar wären, sofern sie nicht in Verbindung mit etwaigen Verbänden stünden.

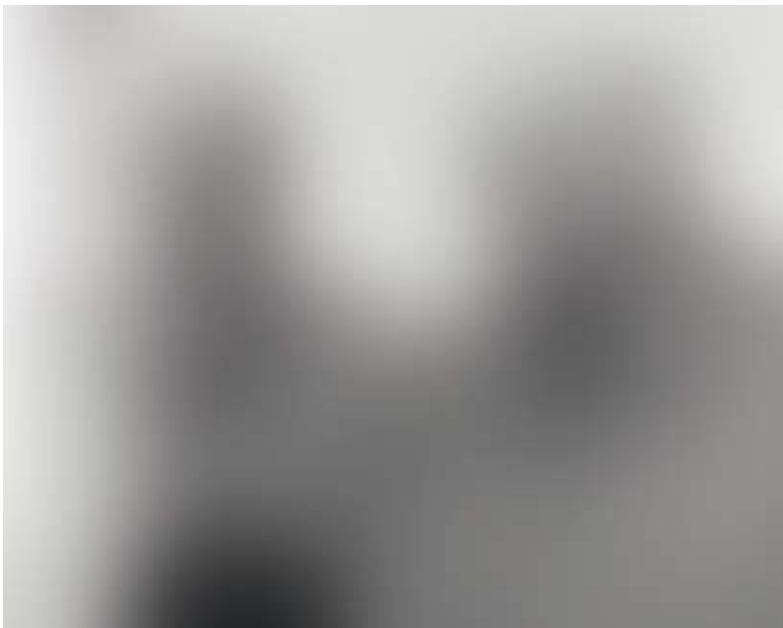
Einige Monate später, im September 1954, wurde der Initiator der Reformen, Ernst Friedlaender, zum neuen Präsidenten des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung gewählt. Mit Friedlaender, der auch in der Europa-Union Eugen Kogons Nachfolge antrat, stand abermals einer der bekanntesten deutschen Journalisten an der Spitze des Deutschen Rats, der europapolitisch aber stärker auf den Kurs der Westintegration Adenauers setzte, als es Kogon getan hatte.

Trotz der großen Hoffnungen auf einen Neustart der Europäischen Bewegung sollte sich jedoch zeigen, dass auch die Präsidentschaft Ernst Friedlaenders kein dauerhaft tragfähiges Fundament bot. In den folgenden Jahren ging die Breitenwirkung des Deutschen Rats

Für alle, die Leistung sehen wollen.
Hoffentlich Allianz.

Allianz 

sogar noch weiter zurück, was einmal mehr auf das Führungspersonal zurückzuführen war. Da Friedlaender 1956 ernsthaft erkrankte, sah er sich nicht mehr in der Lage, den Vorsitz weiter auszufüllen. Nach einer gewissen Bedenkzeit trat er von seinen Ämtern zurück. Hans Furler, Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, wurde zum Nachfolger gewählt (1958–1966). Dass die Aktivitäten in den folgenden Jahren weiter erlahmten, lag aber auch am fehlenden Engagement der Repräsentanten im „engeren Rat“ der Europäischen Bewegung in Deutschland sowie an der fehlenden Durchschlagskraft der internationalen Ebene. Auf dem 3. Kongress der Europäischen Bewegung, der 1957 in Rom stattfand, hatten fast ausschließlich Delegierte der sechs EWG-Staaten teilgenommen. In den folgenden Jahren verebten die Aktivitäten vollständig, so dass kaum noch von der Europäischen Bewegung zu hören war, bis anlässlich der Wahl von Maurice Faure zum Nachfolger seines Landsmannes Robert Schuman als Vorsitzender der internationalen Europäischen Bewegung auch hier auf einen Neubeginn gesetzt wurde.



Ernst Friedländer (links) mit Robert Schuman, Oktober 1954

Zu den Hauptaktivitäten des Deutschen Rats zählte in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die allgemeine Informationsarbeit über Europapolitik. Zu diesem Zweck diente in erster Linie der „Informationsdienst“, der mit einer Auflage von 1.300 Exemplaren mittlerweile zweimal monatlich an die Mitglieder und an die Dienststellen des Bundes ging, aber auch von Zeitungen abonniert wurde. Politisch rückte mit der Präsidentschaft

Friedlaenders die Zielsetzung des deutsch-französischen Ausgleichs stärker in den Mittelpunkt. Zahlreiche deutsch-französische Konferenzen wurden durchgeführt, denen später auch deutsch-italienische Treffen folgten. Insgesamt lässt sich für diesen Zeitabschnitt bilanzieren, dass der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung trotz der vorgenommenen strukturellen Reformen vielfach nur noch als „Dach“ fungierte, während die eigentlichen mobilisierenden Aktivitäten in weitaus stärkerem Maße von der Europa-Union initiiert wurden.

Pragmatismus und Konzentration der Kräfte in den 1960er Jahren

Der Erfolg der Römischen Verträge hatte angesichts der beträchtlichen Dynamik bei der Umsetzung der Vertragsvorgaben zur Zollunion sowie der Agrar- und Handelspolitik nicht nur die europäische Integration belebt, sondern – mit einer gewissen Zeitverzögerung – auch zu einer Revitalisierung der internationalen Europäischen Bewegung geführt, die im Wesentlichen auf Initiativen des Deutschen und des Britischen Rats zurückging. Beim Deutschen Rat der Europäischen Bewegung verlagerten sich in dieser Zeit mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Hans Furler die Aktivitäten stärker auf den Posten des Generalsekretärs. Nach dem Tod von Ernst Günter Focke, der von Februar 1952 bis April 1961 das Amt des Generalsekretärs ausgeübt hatte, wurde nach einem kurzen Zwischenspiel von Berthold Finkelstein Karlheinz Koppe sein Nachfolger, der das Amt von Januar 1963 bis November 1970 wahrnahm.

Ziel der zu Beginn der 1960er Jahre betriebenen Aktivitäten war es, das Engagement von Europa-Union und Deutschem Rat zu modernisieren und stärker miteinander zu verzahnen. Im Jahr 1962 richtete man eine gemeinsame Pressestelle beider Verbände ein und stimmte sich über gemeinsame Kampagnen ab. Zudem wurde ein Redaktionskomitee gebildet, das ermächtigt wurde, zwischen den Vorstandssitzungen Verlautbarungen und Stellungnahmen abzugeben. Die organisatorische und inhaltliche Verknüpfung wurde in der Folge soweit verstärkt, dass beide Verbände ein gemeinsames Haus in Bonn bezogen. Um die finanzielle Basis zu verbreitern, wurden darüber hinaus – mit

Wirkung vom 1. Januar 1963 an – erstmals Mitgliedsbeiträge vom Deutschen Rat erhoben. Grundsätzlich trat man in dieser Zeitphase dafür ein, das Engagement auf ein moderneres Fundament zu stellen. Im Wesentlichen unter deutscher Ägide wurde am 7. und 8. Juni 1962 der 4. Internationale Kongress der Europäischen Bewegung in München durchgeführt, der im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Veranstaltungen 1953 in Den Haag und 1957 in Rom erstmals Delegierte aus allen europäischen Staaten rekrutierte. Bereits ein Jahr zuvor hatte ein außerordentlicher Kongress der internationalen Europäischen Bewegung in Luxemburg eine Revision bisheriger Grundsätze vorgenommen, war aber zu dem Ergebnis gekommen, unvermindert auf die Zielsetzung „Vereinigte Staaten von Europa“ zu setzen.

Vor dem Hintergrund der bis dahin schwersten konstitutionellen Krise der Gemeinschaft, die Staatspräsident Charles de Gaulle 1965 durch die „Politik des leeren Stuhls“ auslöste, setzte die Verbandsspitze immer stärker auf eine schrittweise Vorgehensweise. In Anlehnung an die realistischeren und pragmatischeren Leitbilder der 1960er Jahre wurde mit Seitenhieb auf die radikalen Föderalisten um Altiero Spinelli die Parole ausgegeben, es sei nicht Aufgabe der Europäischen Bewegung, „fernab vom politischen Alltag Forderungen in den leeren Raum“ zu stellen, sondern vielmehr „öffentliche Meinung und Regierungsaktion in Einklang miteinander zu bringen“. Als Projektionsfläche wurde dabei das Europäische Parlament ausgemacht, das als Institution und in seiner Kompetenz gestärkt und zudem durch Direktwahlen bestellt werden sollte. Mit diesen Forderungen war zugleich das Leitmotiv benannt worden, das sowohl in den 1960er als auch den 1970er Jahren die Forderungen der Europäischen Bewegung – ob in Westdeutschland, Westeuropa oder auf europäischer Ebene – durchziehen sollte.

Zusammenfassend lässt sich für die Phase der 1960er Jahre konstatieren, dass der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung seine bisherigen Strategien weiterentwickelte, indem er stärker auf die Einbindung der 22 Mitgliedsverbände (Stand 1965) setzte und zudem im pragmatischen Sinne die Kooperation mit der Europa-Union vertiefte. Dies führte zu Synergien, hatte aber auch zur Konsequenz, dass bisweilen kaum noch eine Unterscheidung von Europäischer Bewegung und Europa-Union in Deutschland möglich war.



**„Die Einheit Europas war ein Traum weniger.
Sie wurde eine Hoffnung für viele.
Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.“**

Konrad Adenauer

„Der Markenverband, ein führender Wirtschaftsverband: 400 renommierte Markenunternehmen mit 500 Mrd. Euro Umsatz und 1,5 Mio. Arbeitsplätzen in Deutschland. Seit über 100 Jahren ein starker Partner. Ein verlässlicher Partner. Ein Partner mit fester Stimme: Für ein positives Konsumklima, für transparenten Leistungswettbewerb, für mündige Verbraucher, für den Schutz geistigen Eigentums, für nachhaltiges Wirtschaften. In Deutschland, in Europa.“

www.markenverband.de

Die 1970er Jahre im Zeichen der Direktwahl

Unter der Präsidentschaft von Ernst Majonica (1966–1976), außenpolitischer Experte der CDU im Deutschen Bundestag, wurde eine stärkere Konzentration auf die Zusammenarbeit der Parlamentarier eingeleitet und die Forderung nach der Direktwahl zum Europäischen Parlament forciert. So lud der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung im Mai 1968 zu einem Parlamentariertreffen nach Bonn, bei dem 80 Abgeordnete aus den EG-Staaten und potenziellen Beitrittsstaaten zusammenkamen und sich dafür aussprachen, die interparlamentarische Zusammenarbeit in Europa zu vertiefen. Nachhaltiger noch als die Ergebnisse des Haager Gipfeltreffens (1969) sowie des Pariser Gipfels (1972) der Staats- und Regierungschefs, auf denen u. a. die erste Erweiterungsrunde



**Wahlplakat zur ersten
Direktwahl des Europäischen
Parlaments 1979**

vorbereitet und neue Aufgaben für die Gemeinschaft identifiziert wurden, wirkte sich der Direktwahlbeschluss auf die Arbeit des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung aus. Fast alle Aktivitäten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre waren darauf abgestellt, wobei der Information über die Parteienzusammenschlüsse auf europäischer Ebene besondere Beachtung geschenkt wurde.

Im Zuge der Mobilisierungsaktivitäten für die Direktwahl, in denen das Pendel zwischen breiter Öffentlichkeitsarbeit und gezielter Einflussnahme auf die nationalen Regierungen deutlich zugunsten der ersten Perspektive ausschlug, änderten sich abermals die Strukturen der Europäischen Bewegung. Auf Betreiben des neuen Generalsekretärs Gerhard Eickhorn (1970–1991) wurde das verbandliche Fundament deutlich verbreitert. Die sektorielle Bandbreite der Organisationen differenzierte sich nach entsprechenden Satzungsänderungen immer stärker aus. Zu

Beginn der 1980er Jahre zählte der Deutsche Rat bereits über 80 Mitgliedsorganisationen. Zugleich richtete er auch Regionalorganisationen ein. Im Vorfeld der ersten Direktwahl 1979 wurden auf regionaler, zum Teil auch auf kommunaler Ebene Direktwahlkomitees gebildet, die vor allem das Ziel hatten, bürgernah Informationen zu vermitteln und Werbung für die Wahlbeteiligung zu betreiben. Nach einer Satzungsänderung im Dezember 1979 wurden diese Organe als so genannte **Landeskomitees** auch formal in der Struktur des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung verankert. Da in manchen Bundesländern die Komitees auch nach den Europawahlen bestehen blieben, andere später – u. a. nach der deutschen Vereinigung 1990 – neu gegründet wurden, war die Europäische Bewegung in Deutschland zunächst durch eine asymmetrische Föderalstruktur gekennzeichnet, die sich erst im Laufe der folgenden Jahre stärker auf Gesamtdeutschland ausgerichtet hat.

Landeskomitees

Die Europäische Bewegung ist heute in 14 Bundesländern mit Landeskomitees aktiv. Als Schnittstelle zwischen Interessengruppen, Politik und Verwaltung setzen sich die Landeskomitees für eine gute Europa-Kommunikation und Koordinierung deutscher Europapolitik in den Ländern ein. Viele Landeskomitees arbeiten eng mit der Europa-Union Deutschland zusammen.



Walter Scheel

Bundespräsident von 1974–1979,
Präsident der EBD von 1980–1985

Für die politische Einigung Europas

2009 denke ich mehr zurück an die Vergangenheit als jemals zuvor. Es mag an ganz eigenen Gründen liegen, dass ich in diesem Jahr einen beachtlichen runden Geburtstag feiere. Es kann daran liegen, dass in diesem Jahr einige Jubiläen anstehen, mit denen ich mehr verbunden bin als mit anderen. Schmunzeln muss ich dabei, dass so häufig die Zahl „9“ auftaucht: Ich denke an meinen 90. Geburtstag am 8. Juli 2009. Ich denke an 1939 - als ich Soldat wurde, ich denke an 1949 - als wir unsere großartige Verfassung erhielten, ich denke an 1969 - als in einem Jahr Bundespräsident und Bundestag gewählt wurden; so wie auch 2009, ich denke an 1969 - als das Land zum ersten Mal unter der Regierung Brandt/Scheel eine sozialliberale Koalition erleben durfte, ich denke an 1989 - als das wahr wurde, wofür sich so viele über Jahrzehnte eingesetzt hatten. Am 9. November wurde das wahr, was viele schon aufgegeben hatten. Aber es geschah, ganz so wie in der Präambel der Verfassung von 1949 proklamiert und im „Brief zur Deutschen Einheit“ festgehalten, der ja Bestandteil des Moskauer Vertrages von 1970 wurde: „Das deutsche Volk erlangte durch die Überwindung der Mauer in Berlin in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands, streng nach dem Wortlaut des Grundgesetzes und dem Brief zur Deutschen Einheit.“

Und so wurde der 9. November 1989 zu einem Tag der Zäsur meines Lebens. Ich bin sehr glücklich, dass ich an einigen Teilen an dieser Entwicklung Anteil nehmen durfte. Und genauso hat auch die Europäische Bewegung einen Anteil an der Entwicklung eines freien Europas. Denn in diesem Beitrag soll es um Europa und die Europäische Bewegung gehen. Doch die Parallelen müssen in keiner Weise gesucht werden. Europa und deutsche Politik sind verknüpft und wurden durch die Verfassung von

Die „Lobbyarbeit“ der 1980er und 90er Jahre

Gerade weil die Mobilisierung der Bürger im Vorfeld der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament besonders engagiert betrieben worden war – die Wahlen wurden vom Deutschen Rat als „bedeutendste Veränderung der europapolitischen Landschaft seit dem Zweiten Weltkrieg“ gewertet –, fehlte der Europäischen Bewegung nach den Wahlen, so scheint es, ein neues Projekt mit gleicher Bedeutung. Das neu ausgegebene Ziel einer „europäischen Regierung“ stieß bei einigen anderen nationalen Räten der Europäischen Bewegung auf erheblichen Widerstand und wurde nicht mit gleichem Nachdruck wie die Vorbereitung der Direktwahl verfolgt. Somit bildeten die Mobilisierungsaktivitäten anlässlich der zweiten Direktwahl,

bei denen auf die erprobten Strukturen der 1970er Jahre zurückgegriffen werden konnte, erneut die öffentlichkeitswirksame Hauptaktivität des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung.

Zugleich wurde die interne Konsolidierung und Ausweitung des Verbands mit Erfolg weiter forciert. Obwohl im Tätigkeitsbericht von 1986 erstmals Spenden der Mitglieder erwähnt werden und auch die Zahl der Mitgliedsverbände auf 140 anstieg, sprudelten die Finanzmittel in den Folgejahren weniger ergiebig, so dass Sparmaßnahmen notwendig wurden. Dieses Dauerproblem hatte bereits Ende der 1970er Jahre dazu geführt, dass der seit Beginn der 1950er Jahre betriebene „Informationsdienst“ eingestellt wurde.

Unter der Führung des neuen Vorsitzenden, Altbundespräsident Walter Scheel (1980–1985), sah sich der Deutsche Rat zu Beginn der 1980er Jahre auf europäischer

1949 zu einem Ganzen verbunden. Deutschlandpolitik ist auch Europapolitik. Die Europäische Bewegung hat einen ganz bedeutenden und oftmals unterschätzten Anteil an der Entwicklung, wie wir sie erleben konnten. Dass dies nicht eine Jubiläumsschmeichelei ist, möchte ich belegen. Ich kenne nämlich die Europäische Bewegung sehr gut – über Jahrzehnte hinweg. Seit den frühen fünfziger Jahren habe ich mich vor allem im Rahmen der politischen Tätigkeit in der FDP engagiert, und ich habe mit viel Interesse meine Vorgänger und Nachfolger im Amt des Präsidenten der Europäischen Bewegung beobachtet. Alle haben an der Fortentwicklung für ein vereinigtes und modernes Europa ihren Anteil. Dies gilt für die Begleiter der frühen Zeit – ich nenne Carlo Schmid, Konrad Adenauer und Paul Löbe. Besonders erwähne ich die Vizepräsidentin der Gründungsjahre: Elly Heuss-Knapp. Aber genauso gilt das für die Aktiven von heute.

„Für die politische Einigung Europas“ lautete die Überschrift meiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Karlspreises 1977 in Aachen. Damals waren seit der Gründung Europas durch die Römischen Verträge vom 25. März 1957 genau 20 Jahre vergangen, und der europäische Einigungsprozess war gerade in einer stockenden Phase. Die Euphorie und Hoffnung von 1957 war vergangen.

Heute sind wieder mehr als 30 Jahre vergangen: Die Begründung der europäischen Einigung aus der Friedensidee in Europa ist weithin erfüllt. Europas Institutionen sind geschaffen, nicht perfekt, aber doch umfangreich und mit angemessener Komplexität. Die Vereinheitlichung des Binnenmarktes hat länger gedauert, als bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge vermutet worden war.

In mehreren Erweiterungswellen ist aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Europäische Union geworden. Erweiterung und Vertiefung haben sich dabei nie als unüberwindbare Gegensätze herausgestellt, sondern am Ende stets wechselseitig befördert. Man kann sagen, heute ist Europa geschaffene Realität.

1977 stand die EG vor dem Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal, und wir sahen uns einer Stimmungsmache gegen Europa ausgesetzt, die nicht zu unterschätzen war. In der Karlspreisrede sagte ich 1977 in diesem Zusammenhang: „Woher soll die Gemeinschaft die Kraft beziehen, auch die mit dem Beitritt der drei südeuropäischen Staaten verbundenen Probleme zu lösen, da sie alle ihre Kraft zusammennehmen muss, dass Erreichte im engeren Kreise zu bewahren? Diese Kraft kann nur aus einer politischen Idee kommen. Und diese Idee heißt „Europa“. Europa, das ist eben mehr als ein gemeinsamer Markt, mehr als eine Zollunion, so wichtig sie auch ist. Nur diese Idee Europa eröffnet uns den weiten geistigen und politischen Horizont, den wir brauchen, um nicht in der Enge eines rein wirtschaftlichen Denkens langsam aber sicher unterzugehen. Wir werden die Europäische Gemeinschaft nur erhalten können, wir werden sie nur dann erweitern können, wenn wir die politische Idee Europa, den Gedanken der politischen Einigung Europas, wiederbeleben.“

Der Gedanke hat an seiner Aktualität nichts verloren. Und so bleibt der Kompass wie 1977 ausgerichtet: Für die politische Einigung Europas!

Europa nützt und schützt

Mit diesen Worten des berühmten „Europa-Vaters“ Coudenhove-Kalergi aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts denken wir mit großer Dankbarkeit an die Gründer der Europäischen Bewegung in Deutschland vor 60 Jahren zurück.

Konrad Adenauer hat später gesagt: „Man kann Europa nicht bauen wie ein Haus, Europa ist eher wie ein Baum, der wächst, der eine Schicht nach der anderen ansetzt, der aber auch, um zu gedeihen, gesunde Wurzeln braucht.“ Ich füge diesem Satz hinzu: Eine der Stammwurzeln dieses Baumes Europa ist die einmalige und großartige Arbeit der Europäischen Bewegung, die sich seit mehr als sechs Jahrzehnten für die europäische Einigung einsetzt. Sie verstand und versteht sich als das europäische Gewissen, das vehement an die Verantwortlichen appelliert, das gemeinsame Europa zu schaffen.

Für uns Deutsche setzte der Haager Kongress 1948 ein großes Zeichen der Hoffnung. Nach den schlimmen Jahren, die in unermesslichen Leiden des Kriegs und des Völkermords, der Verfolgung und Vertreibung von Millionen Menschen geendet hatten, reichten Europäer sich die Hand und schlossen Deutsche mit ein, um eine neue und gemeinsame Zukunft zu bauen. Es haben sich in diesen 60 Jahren nicht alle Wünsche erfüllt, und es sind neue Aufgaben und Herausforderungen auf uns zugekommen. Nicht verschwiegen werden darf aber der bisher größte Erfolg der Europäischen Bewegung, nämlich, dass es gelungen ist, auf unserem Kontinent Frieden und Freiheit zu schaffen und zu sichern. Inzwischen wächst die 3. Generation heran, die keinen Krieg kennengelernt hat. Das ist einmalig in der europäischen Geschichte, aber keine Selbstverständlichkeit. Denn der Friede ist kein Naturzustand, wie Kant gesagt hat. Es bedarf in jeder Generation der Friedens-Stifter. Deswegen brauchen wir das Netzwerk der Europäischen Bewegung auch in Zukunft.

Als ich 1985 die Ehre hatte, das Amt des Präsidenten des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung aus der Hand von Bundespräsident Walter Scheel zu übernehmen, war die Begeisterung für Europa noch sehr groß, wie damals viele Veranstaltungen mit zahlreichen Besuchern zeigten. Daran konnte auch die kurze Phase der sogenannten „Eurosklерose“ nichts ändern. Bei unseren Gedanken an 60 Jahre der Europäischen Bewegung gilt es aber nicht nur, in die erfolgreiche Vergangenheit zu blicken, sondern auch einige Gedanken über künftige Entwicklungen und Aufgaben anzusprechen.

Im Zeitalter der Globalisierung wird die Rolle Europas in der Welt immer wichtiger. Unser Kontinent ist als Beispiel für Krisenüberwindung und als größter Entwicklungshelfer der Welt gefragt. Eine zentrale Aufgabe der EU ist es, sich mit einer demokratischen und gleichzeitig sozialen Antwort auf die Risiken und die Chancen der Globalisierung zu positionieren. Wir haben zweifellos eine sehr ernste weltwirtschaftliche Krise, die auch Europa mit voller Wucht trifft. Auch hier muss die EU ihren Teil zur Bewältigung der Krise beitragen. Sie hat bei der Verabschiedung von Grundsätzen für eine Reform des internationalen Finanzsystems auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Washington am 15.11.2008 bewiesen, dass sie maßgebliche Impulse auch für weltweite Problemstellungen geben kann.

Ebene mit einer Phase der „Eurosklерose“ und erheblichen Problemen in der Agrar- bzw. Haushaltspolitik der Gemeinschaft konfrontiert, die keinen Raum für eine kompetenzielle Weiterentwicklung des Europäischen Parlaments oder gar Verfassungsüberlegungen ließ. Diese Stagnation lähmte auch die Aktivitäten der Europäischen Bewegung. Erst nach der Überwindung der dringendsten Probleme auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats in Fontainebleau 1984 eröffnete sich ein Zeitkorridor zur Vertragsrevision, in dem wirtschaftspolitische Zielsetzungen – insbesondere im Hinblick auf den Binnenmarkt – mit institutionellen Reformen verknüpft wurden. Bei den von der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) ausgehenden Vertragsrevisionen der 1990er Jahre in Form des Maastrichter (1993) und Amsterdamer Vertragswerkes (1999) zeigte sich dann ein immer engeres Zusammenspiel zwischen der offiziellen Regierungspolitik der Bundesregierung unter Helmut

Kohl und den Positionen des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung. Nicht verwundern kann es, dass bei Präsidiumstreffen stets die Sicht der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Europapolitik vorgetragen und diskutiert wurde.

Mit Ausnahme des Vizekanzlers und Außenministers Hans-Dietrich Genscher (1992–1994) standen in diesen 1990er Jahren – mit Philipp Jenninger (1985–1990), Annemarie Renger (1990–1992), Rita Süsmuth (1994–1998) und Wolfgang Thierse (1998–2000) – durchweg Bundestagspräsidenten an der Spitze des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung. Sie setzten sich dafür ein, dass die europäische Integration trotz der hohen Aufmerksamkeit für den deutsch-deutschen Einigungsprozess ebenfalls Beachtung fand. In diese Zeitphase fiel auch die Umbenennung des Deutschen Rats. Im Zuge einer Satzungsänderung der internationalen Europäischen Bewegung wurde aus dem Deutschen

Es geht bei der europäischen Einigung aber auch um die Frage, ob die EU weiterhin willens und in der Lage ist, unseren Nachbarn in Ost- und Südosteuropa bei der Integration zu helfen.

Erfreulich ist, dass der Lissabonner Vertrag einige wichtige Schritte wagt, etwa durch Schaffung eines europäischen Außenministeriums. Wirklich gleichberechtigt mit anderen großen Mächten wird Europa aber erst dann sein, wenn es über ein parlamentarisch kontrolliertes europäisches Außenministerium und über ein vorbeugendes Konfliktverhütungs- und Sicherheitssystem verfügt. Wir hoffen, dass der Lissabonner Vertrag aber auch aus anderen Gründen alsbald in Kraft tritt. Er macht die EU demokratischer, transparenter und handlungsfähiger; etwa bei der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, der Stärkung des Europaparlaments und der nationalen Volksvertretungen. Darüber hinaus kann ein Bürgerbegehren angestrengt werden. Die Bürger erhalten auch eine Grundrechte-Charta. Sie garantiert Arbeits- und Sozialrechte, die beim Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können. Damit wird dem Gedanken und der langjährigen Forderung der Europäischen Bewegung, Europa volksnäher zu organisieren, zu einem großen Teil entsprochen.

Die Europapolitik muss neue Wege gehen; nicht den Weg der Bürokratisierung, sondern den der Vertiefung im Sinne der Herausbildung eines Wir-Bewusstseins der Unionsbürger. Man muss auch mit den Menschen viel mehr darüber reden, was Europa eigentlich ausmacht, über die gemeinsame Geschichte und Kultur. Deswegen ist auch ein reger geistiger Austausch mit unseren europäischen Partnern und ein weiterer Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit wichtig. Europa kann sich nur behaupten, wenn es seine eigenständige Kultur bewahrt. Dabei könnte man auch an eine erweiterte Zone denken, welche die angrenzenden östlichen und südlichen Nachbarn umfasst.

Zusammenfassend will ich sagen: Wir sollten uns – wo immer dies möglich ist – zu Europäern in unserer jeweiligen nationalen Eigenart bilden, um Europa zu leben als Teil unser Selbst und unserer nationalen Heimat. So sollten wir eine neue Geschichte von Europa als Wertegemeinschaft in der Welt von heute weiter erzählen können. Dieses Ziel zu erreichen muss eine wichtige Aufgabe der Europäischen Bewegung sein. Europa braucht immer wieder neuen Schwung und Elan. Geschichte macht sich nicht selbst, sie findet nur dann statt, wenn Menschen sie anstoßen. Die Europäische Bewegung kann viel dazu beitragen.

Dr. Philipp Jenninger

Bundestagspräsident a. D.,
Präsident der EBD von 1985–1990



Rat der Europäischen Bewegung der bis heute aktuelle Name „Europäische Bewegung Deutschland“ (EBD). Der neue Name wurde erforderlich, um die Bezeichnung der deutschen Sektion den anderen nationalen Sektionen der internationalen Europäischen Bewegung anzugleichen, die in der Öffentlichkeitsarbeit mit einem eingängigeren Namen auftreten wollten.

Hatte sich der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung unter dem langjährigen Generalsekretär Gerhard Eickhorn stärker auf den Ausbau des eigenen Apparats und die Erweiterung der verbandlichen Mitgliederbasis konzentriert, so setzte sein Nachfolger Horst Brauner (1991–1994) auf eine intensive Medienarbeit, zu der die Auslobung des „Preis Frauen Europas – Deutschland“ mit seiner hohen Medienpräsenz beitrug.

In die Amtszeit des Generalsekretärs Hartmut Marhold (1994–2002) fiel sowohl der

Umzug des Büros des Generalsekretariats von Bonn ins Berliner Jean Monnet-Haus als auch eine stärkere Akzentverlagerung auf die Bildungsarbeit. Die pädagogischen Angebote wurden in den 1990er Jahren deutlich ausgeweitet, zugleich lässt sich eine stärkere Annäherung der EBD an die Wissenschaft erkennen. Nicht zuletzt anlässlich der Debatten um die Zukunft Europas und einen europäischen Verfassungsvertrag wurden auch in der Europäischen Bewegung Deutschland nach der Jahrhundertwende eingehender föderalistische Konzepte und die institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union erörtert. Inhaltlich standen dabei die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Osterweiterung im Vordergrund.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts prägten die Arbeiten des Verfassungskonvents die Aktivitäten der EBD, sah man doch erstmals seit einem halben Jahrhundert wieder die Chance, auf eine umfangreiche

Neuordnung der europäischen Konstruktion Einfluss zu nehmen. Gemeinsam mit der Europa-Union Deutschland wurde eine Studiengruppe eingerichtet, die Positionspapiere erarbeitete, die dem Präsidenten des Konvents, Valerie Giscard d'Estaing, übergeben wurden und sowohl eine verbesserte Handlungsfähigkeit als auch eine höhere Legitimation der Europäischen Union anmahnten. Während die Konventsaktivitäten und die im Gefolge der Rede des deutschen Außenminister Joschka Fischer an der Berliner Humboldt-Universität am 12. Mai 2000 losgetretene Diskussion über die Zukunft Europas zu einer Neubelebung der Europadebatte geführt hatten, sah sich die EBD in dieser Zeitphase mit erheblichen organisatorischen und vor allem finanziellen Herausforderungen konfrontiert.

In dieser Situation entschied sich die Europäische Bewegung zu der nach 1954 bisher wichtigsten organisatorischen und programmatischen Neuausrichtung. Unter der Präsidentschaft der ehemaligen EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies (2001–2006) wurde in einem ersten Schritt die Satzung grundlegend überarbeitet: Die im Kern noch auf die Zeiten Friedlaenders zurückgehenden Strukturen mit drei Hauptgruppen innerhalb der Europäischen Bewegung wurde reformiert,

da sie vor allem den Parteien beziehungsweise Parlamentariern, die mittlerweile bei den Aktivitäten eine eher untergeordnete Rolle spielten, einen – als nicht mehr zeitgemäß betrachteten – Einfluss von einem Drittel der Stimmen gewährten. Nach der Satzungsänderung erhielt nunmehr jede Mitgliedsorganisation eine Stimme. Zudem wurde 2004 festgelegt, dass nur solche Verbände als Mitgliedsorganisationen geführt würden, die auch den Jahresbeitrag entrichteten. Kam es zunächst zu einigen Austritten, konnten ab 2005 wieder mehr Bei- als Austritte verzeichnet werden, wobei sich die Bandbreite der Mitgliedsverbände nochmals ausdifferenzierte. Ende 2008 zählte die Europäische Bewegung Deutschland 153 Mitgliedsorganisationen.

Parallel zu diesen strukturellen Reformen wurde eine inhaltliche Neuausrichtung in Angriff genommen. Einhergehend mit einer gewissen „Abnabelung“ von der Parteipolitik erfolgte eine Konzentration auf die fachliche Detailarbeit der Europäischen Union. 2004 wurde ein [Arbeitskonzept](#) entwickelt, bei dem die Kommunikation und die politische Vorausschau zu europäischen Themen im Mittelpunkt steht. Besondere Bedeutung haben dabei die so genannten EU-De-Briefings erlangt, bei denen zeitnah über aktuelle Ergebnisse der Ministerratstagungen sowie über

Arbeitskonzept

„Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau“

Entstehung und Instrumente werden ab Seite 30 mit einem Text von Ehrenpräsidentin Monika Wulf-Mathies und weiteren Texten vorgestellt.

Ein Netzwerk engagierter Frauen

Noch in den 1980er Jahren waren Auszeichnungen für Frauen sehr selten, gerade international passierte sehr wenig. Mit dem „Preis Frauen Europas“ wurde 1987 von Belgien ausgehend Neuland entdeckt. Seit 1991 verleiht die Europäische Bewegung Deutschland diesen Preis in Deutschland und hat inzwischen 18 Preisträgerinnen gekürt.

Den schwierigen Start und die Vorbehalte einiger „Herren der Schöpfung“ habe ich heute noch in guter Erinnerung. Die Frauen-Kommission der Europäischen Bewegung ließ sich davon jedoch nicht abhalten und stellte eine Jury zusammen. Wir suchten und fanden Sponsoren, sind inzwischen mit den jährlichen Preisverleihungen – früher in Bonn, heute in Berlin – sehr angesehen. Auch konnten wir häufig befreundete „Schwestern“ aus den Europäischen Bewegungen der Nachbarländer begrüßen, die wir umgekehrt bei deren Veranstaltungen besuchten. Das waren immer großartige Events! Jede der Preisträgerinnen war zugleich Botschafterin mit einem herausragenden Beitrag zur Integration unseres gemeinsamen Europas. Es entstand dadurch ein großes Netzwerk engagierter Frauen, die Meinungen austauschten und jeweils ihr Heimatland vorstellen konnten.

Alle Preisträgerinnen hatten eines gemeinsam: Sie erkannten Probleme, die sich grenzüberschreitend stellten, wurden aktiv und setzten sich beispielgebend ein. Dieser Preis hat nicht nur Frauen mit ihren Leistungen herausgestellt, sondern auch alles unternommen, um die Aktivitäten gegen Widerstände und Schwierigkeiten zu unterstützen. Vor allem sollte die breite Öffentlichkeit auf das herausragende Engagement aufmerksam gemacht werden.

Frauen sind hervorragende Vermittler zwischen den Nationen, sie sind gewandt in anderen Sprachen und verstehen es, auch die Alltagsorgen auszudrücken und gegenseitiges Verständnis aufzubringen. Deshalb nehmen sie eine wichtige Funktion im Prozess der europäischen Integration ein. Ich träume immer noch von einem Buch, das die unterschiedlichen Aktivitäten dieser Frauen und die damit verbundene Entwicklung darstellt. Diese dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Das Buch würde aber auch zeigen, wie viele Menschen in unserem Europa sich für die gute Sache einsetzen.

Ursula Schleicher, MdEP a. D., Vorsitzende der Frauenkommission der EBD bis 2006

1949

1949 – 2009

**60 Jahre Europäische Bewegung Deutschland (EBD) –
60 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**

**60 Jahre Engagement für ein Europa der Bürgerinnen und
Bürger – 60 Jahre Einsatz für soziale Gerechtigkeit**

**„Wir wünschen der EBD einen langen Atem und viel Kraft,
um ihre erfolgreiche und wichtige Arbeit fortzusetzen.
Die Gewerkschaften in Deutschland werden sie dabei
weiterhin unterstützen.“**

DGB – Der Bund der Gewerkschaften



DGB

www.dgb.de

Politiken und Vorhaben im europäischen Mehrebenensystem berichtet wird. Auf diese Weise hat die Europäische Bewegung Deutschland eine neue europapolitische Dialogform entwickelt, die sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen als auch politische Institutionen in den politischen Kommunikationsprozess einbindet.

Wandel und Konstanz: Sechs Jahrzehnte Europäische Bewe- gung in Deutschland

Im Spiegel von 60 Jahren betrachtet hat die Dynamik der Europäischen Bewegung in Deutschland immer wieder variiert. Die Aktivitäten der Anfangsjahre konnten nicht durchgängig aufrechterhalten werden, zumal im Lauf der Jahrzehnte andere europapolitische Einflussmöglichkeiten aufgebaut und wichtiger wurden. Dennoch kann ihre Bedeutung – gerade für die unmittelbare Nachkriegszeit – kaum überschätzt werden. Ohne die Europaverbände und die Debatten in ihrem Umfeld wäre es wohl nur schwerlich zur Grundsteinlegung einer

supranationalen Gemeinschaft gekommen. Zu Zeiten funktionalistischer und sektoraler Wirtschaftsintegration in den 1950er und 60er Jahren war der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung – im Verbund mit der Europa-Union – eine der stärksten gesellschaftlichen Kräfte, die auf ein föderativ orientiertes politisches Integrationsprojekt setzte. Während die Europa-Union von Beginn an vor allem als bürgerbezogene Mitgliederorganisation agierte, stellte der Deutsche Rat zu dieser Zeit noch ein Forum der politischen Eliten dar. Erst in den 1970er Jahren wurde begonnen, das Engagement auf ein breiteres Fundament zu stellen. Im Gefolge dieser Entwicklung präsentierte sich der Deutsche Rat – beziehungsweise die Europäische Bewegung Deutschland – in zunehmendem Maße als organisierte Zivilgesellschaft. Diese Ausrichtung erfolgte vor allem mit dem Ziel der Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit, die eine aktive politisch-soziale Mitwirkung am europäischen Projekt ermöglicht. In diesem Sinne weitete die Europäische Bewegung ihr gesellschaftliches Engagement auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Verbänden und sozialen Gruppen aus, ohne dabei ihre „Einwirkung“ auf die Bundesregierung einzustellen.



Wolfgang Thierse

Vizepräsident des
Deutschen Bundestages,
Präsident der EBD
von 1998–2000

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges manifestierte sich die alte ehrwürdige Idee eines friedvoll geeinten Europas erstmals in einer international vernetzten „Europäischen Bewegung“. Ihr Kristallisationspunkt war der Europa-Kongress im Mai 1948 in Den Haag, aus dem wenig später der Europarat hervorging. Die am 16. Juni 1949 in Wiesbaden gegründete deutsche Sektion der Europäischen Bewegung gilt heute als größtes Netzwerk der Zivilgesellschaft im europapolitischen Bereich mit über 150 Mitgliedsorganisationen. In den ersten vier Jahrzehnten nach Gründung des Netzwerkes war die Idee eines in Freiheit vereinten Europas nur im westlichen Teil des Kontinents tatsächlich auch umsetzbar.

In der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten blickten viele Menschen voller Sehnsucht und Respekt auf dieses Erfolgsprojekt. Erst nachdem sich die Osteuropäer 1989 aus den Fesseln von Diktatur und Bevormundung befreit hatten, stand auch ihnen der Weg ins Europäische Netzwerk, in die Europäische Union offen. Die Einigung Europas hat uns Frieden und Wohlstand gebracht, freie Grenzen, den Wegfall von Zoll- und Handelsschranken, eine einheitliche Währung. Doch der rasant verlaufende Integrationsprozess produziert zunehmend auch Skepsis, Verunsicherungen, neue Ängs-

te. Der Einfluss der Europäischen Union auf die Nationalstaaten wächst spürbar. Entscheidungen, die in Brüssel fallen, greifen in das Alltagsleben der Menschen ein. Doch die Entscheidungswege selbst, die europäischen Strukturen und Institutionen sind für sie häufig nur schwer durchschaubar. Immer mehr Menschen fürchten, dass sie in den kommenden Jahrzehnten ihren Lebensstandard einbüßen und dass sie eines Tages als Verlierer der Globalisierung dastehen. Diese Bedenken und Sorgen müssen wir ernst nehmen. Wir müssen die europäische Politik besser als bisher erklären, sie glaubhaft machen und für sie werben – nicht nur unmittelbar vor Wahlen zum Europäischen Parlament. Und wir müssen aufhören, für jede nationale Fehlentwicklung europäische Instanzen verantwortlich zu machen. Die Menschen müssen wieder spüren, dass die europäische Politik nicht an ihren Interessen und Erwartungen vorbei agiert, sondern auch ihnen ganz persönlich Vorteile bringt – wie in den vergangenen Jahrzehnten. Ein solcher Prozess der Aufklärung und der Vermittlung von Vertrauen ist unabdingbar. Er stellt eine enorme Herausforderung für die im Netzwerk Europäische Bewegung vereinten Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Bildungsträger, wissenschaftlichen Institute, Parteien und Stiftungen dar: Unser Kontinent ist und bleibt auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen und wächst vor allem „von unten“ zusammen. Der politische Wille „von oben“, von den nationalen Parlamenten und Regierungen allein kann das europäische Projekt nicht tragen. Es bleibt also weiterhin viel zu tun!

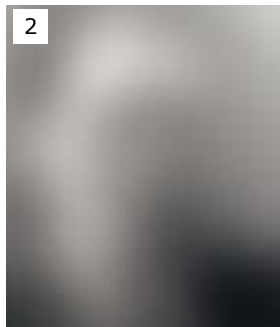
Ich wünsche dem Netzwerk Europäische Bewegung auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten viel Leidenschaft und Kraft bei der Bewältigung seiner anspruchsvollen Aufgaben!

Insgesamt betrachtet ist der Einfluss- und Aktivitätsgrad der Europäischen Bewegung vor allem auf die großen Entwicklungslinien der europäischen Integration, aber stets auch auf das Engagement und die Impulse einzelner Persönlichkeiten zurückzuführen. Mit seinen Aktivitäten und öffentlichen Kampagnen, die von weitgehender programmatischer Konstanz, aber auch von einem strukturellen Wandel zeugen, stellt die Europäische Bewegung Deutschland eine Vereinigung dar, die der öffentlichen Debatte der Bundesrepublik zahlreiche Impulse verliehen hat. Zugleich leistete und leistet sie durch die Mitwirkung in der internationalen Europäischen Bewegung auch einen wichtigen Beitrag für die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche und östliche Gemeinschaft. Gerade in den Anfangsjahren westdeutscher staatlicher Neugründung war es von erheblicher Bedeutung, dass die

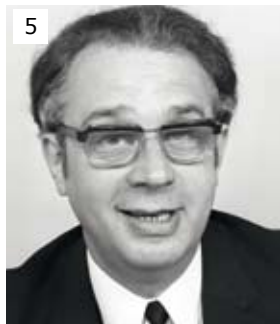
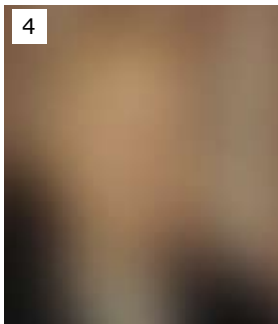
europäische Einigung nicht nur durch die Gipfeldiplomatie der Regierungen geprägt wurde, sondern dass wesentliche Kooperations- und Verständigungsmuster auch in jenen Netzwerken der Europaverbände und -bewegungen geknüpft wurden, in denen Verständnis für anders gelagerte nationale Traditionen geweckt, in denen Vertrauen geschaffen und der Ansatz zu einer europaweiten Diskussion über die Ausgestaltung des weiteren Integrationsprozesses ermöglicht wurde. In der Wahrung dieser Traditionslinien – und der gleichzeitigen Weiterentwicklung europapolitischer Zielsetzungen – liegt wohl eine der größten Herausforderungen der Zukunft der Europäischen Bewegung Deutschland.

Jürgen Mittag ist Historiker und seit 2003 Geschäftsführer des Instituts für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Europäischen Bewegung Deutschland 1949–2009



1. **Paul Löbe**, MdB
1949–1951
2. **Eugen Kogon**, Publizist und Wissenschaftler
1951–1953
3. **Ernst Friedlaender**, Journalist
1954–1957



4. **Hans Furler**, MdB/MdEP
1958–1966
5. **Ernst Majonica**, MdB
1966–1976
6. **Horst Seefeld**, MdB/MdEP
1976–1980



7. **Walter Scheel**, Bundespräsident a.D.
1980–1985
8. **Philipp Jenninger**, Bundestagspräsident a.D.
1985–1990



9. **Annemarie Renger**, Bundestagspräsidentin a.D.
1990–1992
10. **Hans-Dietrich Genscher**, Bundesminister a.D.
1992–1994
11. **Rita Süßmuth**, Bundestagspräsidentin a.D.
1994–1998



12. **Wolfgang Thierse**, Bundestagspräsident a.D.
1998–2000
13. **Monika Wulf-Mathies**, Mitglied der Europäischen
Kommission a.D., 2001–2006
14. **Dieter Spöri**, Minister a.D.
seit 2006